

## **Im Kreistag keine Mehrheit für striktes Nachtflugverbot CDU, SPD, Linke, FDP lehnen UBL-Antrag ab / Proteste gegen Hühnerfarm**

**LÜBBEN** - Mit nur sieben Ja-Stimmen ist gestern Abend im Kreistag in Lübben ein Antrag der Fraktion Unabhängige Bürgerliste (UBL)/Bündnisgrüne für ein striktes Nachtflugverbot am künftigen Schönefelder Hauptstadt-Flughafen gescheitert. Die Abgeordneten der SPD-CDU-Koalition, aber auch der Linken und der **FDP** stimmten fast geschlossen dagegen. Es gab sechs Enthaltungen, nur die drei NDP-Abgeordneten stimmten dafür.

Bürgerliste und Grüne wollten mit dem Beschluss die Forderung von Bürgerinitiativen der Region und der Volksinitiative nach einem uneingeschränkten Flugverbot zwischen 22 und sechs Uhr unterstützen. „Nachtruhe ist ein Bedürfnis aller, besonders unserer Kinder. Wir haben ein Recht darauf, wenn wir schon am Tag mit Fluglärm belastet werden“, sagte der bündnisgrüne Abgeordnete Werner Brömme. Er verwies auf Äußerungen von Regierungschef Platzeck, der sich unlängst gegen ein striktes Nachtflugverbot aussprach. „Wir müssen Druck auf die Landesregierung ausüben“, forderte Brömme.

Der Tenor der folgenden Debatte war geprägt von der Zustimmung zum Anliegen und der gleichzeitigen Ablehnung des Beschlusses. Der CDU-Abgeordnete Joachim Kolberg sagte: „Ich unterstütze die Forderung, werde mich aber der Stimme enthalten. Der Kreistag ist nicht das richtige Organ.“ Der CDU-Fraktionschef Michael Kuttner sagte, der Rest der Fraktion lehne den Antrag ab, stehe aber dem Nachtflugverbot „nicht ablehnend gegenüber“. Die CDU könne den Beschluss nicht mittragen, da Bürgerinitiativen daraus Forderungen nach „Geld für Rechtsanwälte und Flyer“ an den Kreistag ableiten könnten. „Das geht zu weit.“

SPD-Fraktionschef Martin Wille warnte davor, „Wünsche zu wecken, die wir nicht erfüllen“ können. Er wies darauf hin, dass bereits ein Nachtflugverbot mit Ausnahmen für den neuen Flughafen festgelegt wurde. Er schlug vor, das bevorstehende Gerichtsverfahren dazu abzuwarten und danach gegebenenfalls erneut zu beraten. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelt im September über Klagen gegen die Nachtflugregelung, die vereinzelt Flüge zwischen 22 und null Uhr sowie zwischen fünf und sechs Uhr erlaubt.

Für die Linksfraktion sagte Adolf Deutschländer: „Wir stimmen nicht zu, obwohl wir für das Flugverbot zwischen 22 und sechs Uhr sind.“ Die Ablehnung begründete er damit, dass ein Kreistagsbeschluss vom vorigen Jahres bereits „viel weiter“ gehe. In dem Beschluss forderte der Kreistag jedoch kein striktes Nachtflugverbot, sondern eine „Minimierung der Flugbewegungen“ bis Mitternacht und am frühen Morgen.

Als einziger SPD-Abgeordneter sprach sich Manfred Sternagel gegen jegliche Nachtflüge aus: „Das Verbot ist voll gerechtfertigt.“ **FDP-Fraktionschef Raimund Tomczak** erklärte, der Kreistag befinde sich „in guter Gesellschaft“. Auch im Landtag und zuletzt im Königs-Wusterhausener Stadtrat habe es keine Mehrheit für das uneingeschränkte Nachtflugverbot gegeben.

Die rechtsextreme NPD unterstützte den Antrag. „Es geht darum, die Bürgerinitiativen zu unterstützen. Eine Ablehnung wäre ein schlechtes Signal“, sagte Abgeordneter Sven Haverlandt.

Mehrere Redner empfahlen der Bürgerliste, den Antrag wegen der sich abzeichnenden Ablehnung zurückzuziehen, doch Fraktionschef Frank Selbitz wies das von sich. „Wir ziehen nicht zurück, weil inhaltlich fast alle zustimmen.“

Vor Sitzungsbeginn demonstrierten vor dem Landratsamt Hühnerfarm-Gegner aus Löpten, Münchehofe und Märkische Heide gegen Massentierhaltung. Sie appellierten an die Volksvertreter, ihre Forderungen zu unterstützen. „Wir sind gegen diese Form der Hühnerhaltung“, sagte Harald Schacht von der Bürgerinitiative Löpten. Und Benedikt Haimberger aus Münchehofe betonte: „Es geht um das Recht, unsere Umgebung selbst zu gestalten.“ (Von Frank Pawlowski)